



Die Anstellung unausgebildeten Lehrpersonals ist für das bestehende Schulteam eine weitere Belastung.

Tabubruch mit ungewissen Folgen

Der Mangel an Lehrpersonen spitzt sich zu. Es drohen auf allen Stufen verwaiste Klassen. Dass Zürcher Schulgemeinden nun auch unausgebildetes Personal einstellen können, ist eine Notfallmassnahme. Was es stattdessen wirklich braucht, sind attraktive Arbeits- und Anstellungsbedingungen.

Der Mangel an ausgebildeten Lehrpersonen, Heilpädagog:innen und Therapeut:innen zeichnet sich seit mehreren Jahren ab. Die Forderungen des VPOD, die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen doch so zu gestalten, dass mehr Personen den Beruf ergreifen und auch im Beruf bleiben, blieben unerhört. Nun sehen sich einzelne Schulen gezwungen, unausgebildetes Personal einzustellen. Eine Massnahme, die zumindest kurzfristig die Beschulung der Schüler:innen sichern sollte. Doch welchen Preis müssen Schulen und Schüler:innen dafür zahlen?

Vorweg: Es ist noch unklar, wie viele Laienlehrer:innen nach den Sommerferien effektiv vor einer Klasse stehen werden und auch, welche Fähigkeiten diese haben. Dass wir einen derartigen Mangel an qualifizierten Lehrpersonen haben, ist Schuld der politisch Verantwortlichen. Die Kritik des VPOD richtet sich nicht an Personen die nun zu prekären Bedingungen, mit befristeten Anstellungen in die Bresche springen. Aber dieses Politikversagen wird für das Schulfeld und für den Berufsstand nicht ohne

Folgen bleiben. Die Schulteams müssen erneut einen Sondereffort leisten, um eine adäquate Bildung und Betreuung der Schüler:innen sicherzustellen. Diese zusätzliche Belastung erhöht nochmals die Gefahr, dass angestammte und erfahrene Lehrkräfte aus dem Beruf vorzeitig ausscheiden oder ihr Pensum reduzieren. Was den Mangel wiederum verschärft.

Die Massnahme ist insbesondere ein fatales Signal an den gesamten Berufsstand. In kaum einer Branche würden fachfremde Personen akzeptiert. Wer einen Dachschaden hat, ruft auch nicht die Bäckerin. Wie kommt es, dass wir das bei der Bildung und Betreuung unserer Kinder in Kauf nehmen? Offenbar ist das Klischee vom Lehrberuf als «Schoggi-Job», den jede und jeder ausüben kann, in vielen Köpfen fest verankert. Es dürfte wohl leider ein frommer Wunsch bleiben, dass sich die Politik zukünftig um den Erhalt des bisherigen Personals und die Rückkehr von bestehenden Fachkräften im selben Masse bemüht, wie bei der Rekrutierung von Laienlehrpersonen.

Für uns im VPOD bleibt das wirkungsvollste und nachhaltigste Mittel gegen den Fachkräftemangel attraktive Arbeits- und Anstellungsbedingungen. Dazu gehört insbesondere die seit Jahren geforderte Entlastung. Nur so bleiben die Lehrpersonen gesund, motiviert und lange im Beruf. Es genügt uns nicht, mit Ach und Krach und einem blauen Auge das nächste Schuljahr zu überstehen. Es braucht nachhaltige Massnahmen, um die Attraktivität des Berufes wieder zu steigern. Die Bildungsdirektion tut gut daran, möglichst schnell reale Verbesserungen des sogenannten neuen Berufsauftrages umzusetzen. Auch die geplante Anpassung der Lohnklasse auf der Kindergartenstufe duldet keinen Aufschub mehr.

Nach wie vor aktuell und mehr denn je dringlich sind die Forderungen, die der VPOD bereits 2018 mit der schweizweiten Kampagne «Lasst uns endliche unterrichten!» formuliert hat. Stress und Überlastung von Lehrerinnen und Lehrern müssen konsequent bekämpft werden. Es braucht einen Abbau von administrativen Aufgaben, einen Berufsauftrag, der vor Mehrarbeit schützt, klare und wirksame Unterstützung durch Vorgesetzte und Behörden, eine Anpassung der Klassengrössen an die steigenden Anforderungen und schnelle, angepasste Hilfe vor Ort bei besonderen Anforderungen! ■

Text: **Fabio Höhener**, Gewerkschaftssekretär VPOD Lehrberufe

Prekarisierung ist weiblich

Ein Fokus des feministischen Streiks 2022 waren die Frauen in Forschung und Lehre an den Hochschulen.



Mitglieder der VPOD@ZHDK-Gruppe bei der Flyeraktion am 7. Juni.

Natürlich durfte auch in diesem Jahr der traditionelle Streiknachmittag in der Bäckerei nicht fehlen. Rechnet man die Lohndiskriminierung auf einen Arbeitstag aus, arbeiten Frauen ab 15:19 Uhr für umsonst. Was mit einem Aufschrei und Wutausbruch von VPOD-Frauen um 15:19 Uhr quittiert wurde. Nicht fehlen durften natürlich die eigens von VPOD-Mitgliedern zusammengestellte Spotify-Playlist «Frauenstreik 2022» sowie der von solidarischen Gewerkschaftsmännern selbst gebackene Kuchen und ein Soli-Eistee für die Demo, die in diesem Jahr unter dem Motto «Kämpfe verbinden» vom schattigen Bürkliplatz aus startete. In der gesamten Schweiz demonstrierten an diesem Tag insgesamt bis zu 50'000 Menschen.

Wie weiter? Im letzten Herbst hat die SGB-Frauenkommission für das Jahr 2023 eine grosse Mobilisierung beschlossen. Die ersten Vorbereitungen für den grossen Streik am 14. Juni 2023 haben bereits begonnen.

An der ZHDK war der feministische Streik 2022 am 7. Juni mit einer Flyeraktion losgegangen. Von Anna Albisetti (Mitglied der Betriebsgruppe VPOD@ZHDK) selbst designte und gedruckte Flyer mit Demoaufdruck in vier Sprachen wurden an diesem Tag verteilt.

Die Kampagne rund um den Hashtag #IchBinHannah hat in jüngster Zeit eine Debatte rund um die prekären Anstellungsbedingungen an Hochschulen ausgelöst. Der VPOD hat gemeinsam mit anderen Verbänden die Petition Academia unterstützt, die mehr Festanstellungen und bessere Arbeitsbedingungen an Hochschulen fordert (vgl. S. 8-9).

Die Genderdimension dieser Debatte bleibt jedoch oft unbeachtet. Hat Prekarisierung an Hochschulen ein Geschlecht? Mehrere in jüngster Zeit erschienene Studien zeigen: eindeutig ja. Das Geschlecht wirkt sich auf die Dauer der Anstellung, den Umfang der Erwerbstätigkeit und den Verdienst an Hochschulen aus. Eine alle zehn Jahre durchgeführte Studie des BASS (vgl. S. 9, FN 1) zeigt deutlich, dass Frauen vor allem auf Postdoc-Ebene häufiger befristet angestellt sind als Männer. Sie sind häufiger in Teilzeit und in kleineren Pensen als Männer angestellt, dies hat negative Folgen für ihre Altersvorsorge und für die Chancen ihrer beruflichen Weiterentwicklung.

Eine im letzten Jahr an der UZH durchgeführte VPOD-Umfrage zur Arbeitszeit zeigt deutlich, wie viel Forschende an Universitäten und Hochschulen unbezahlt arbeiten. Anstellungen von 50 bis 70 Prozent bei tatsächlichen 100 Prozent Arbeitsleistung sind keine Seltenheit. Hier schlägt die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern besonders zu Buche. Eine Tätigkeit im Hochschulbereich mit der Betreuung von Kindern und Angehörigen zu verbinden, wird so extrem erschwert. So ist es nicht verwunderlich, dass viele Frauen auf Postdoc-



Ebene aus der Unilaufbahn ausscheiden und ihre Laufbahn nicht fortsetzen. Gemäss dem BASS-Bericht (vgl. S. 9, FN 1) gaben 2021 35 Prozent der befragten Männer und 53 Prozent der befragten Frauen an, aus beruflichen Gründen einen Kinderwunsch aufgeschoben oder auf Kinder verzichtet zu haben.

Um die Situation für Frauen zu verbessern, braucht es mehr Dauerstellen, ein Ende der unbezahlten Arbeit durch verbindliche Zeiterfassungen, die Kompensation von Mehrarbeit und ausreichend staatlich finanzierte Kinderbetreuung. Für den Streik 2023 heisst es also «Jetzt erst recht für mehr Geschlechtergerechtigkeit an Schweizer Bildungsinstitutionen!»

Vor dem Streik 2022

Schon im Vorfeld des diesjährigen 14. Juni gab es vielfältige Aktionen und Veranstaltungen zum Thema Streik. Im Rahmen der Aktionstage des feministischen Kollektivs Zürich hielt Cora Antonioli (Vize-Präsidentin des VPOD und Mitglied der nationalen Bildungskommission) einen Vortrag mit dem Titel «Wie 2000 Lehrer:innen an Waadtländer Schulen gestreikt haben». Ziel des Vortrags war es, erfolgreiche Beispiele von tatsächlichen Streiks in Bildungseinrichtungen vorzustellen und zum Nachahmen zu motivieren.

Laut unserer Vizepräsidentin war 2019 die frühzeitige Vorbereitung und gute Vernetzung das Erfolgsrezept des erfolgreichen und stufenübergreifenden Lehrerinnenstreiks in Waadt. Alles begann trotz enger Koordination mit dem Streikkollektiv mit der Arbeit zweier starker VPOD-Basisgruppen (SSP Enseignement und RéGym), welche die inhaltliche Vorarbeit leisteten und erfolgreich für das Thema Gleichberechtigung mobilisierten. Insgesamt wurden über 40 Schulen besucht, um mit den Lehrpersonen die Forderung der Streikenden zu diskutieren.

Warum als Lehrerin streiken?

Was Aktivistinnen an vielen Schulen als Gegenargumente zu hören bekamen: «Wir Lehrerinnen haben doch eigentlich ganz gute Anstellungsbedingungen und werden gemäss unserer Ausbildung gleich eingestuft wie männliche Lehrpersonen» Weshalb also am 14. Juni an Schulen streiken?

Wohin geht die Reise der Zürcher Schulen?

Der Jahresbericht der Fachstelle für Schulbeurteilung stellt den Schulen ein schlechtes Zeugnis aus. Kein Wunder: Die bürgerlich-konservativ geprägte Schulpolitik im Kantonsrat ist für die Qualitätssicherung nicht gerade förderlich. Die Regierung ist nun gefordert, effektive Massnahmen in die Wege zu leiten.

Vor Kurzem ist der Jahresbericht der Fachstelle für Schulbeurteilung des Kantons Zürich erschienen. Mit dem Schuljahr 2020/21 wurde der dritte Evaluationszyklus abgeschlossen. Die Bilanz zeigt, dass die Schulen zwar in den Bereichen Schulgemeinschaft und Zusammenarbeit mit Eltern in den letzten acht Jahren leichte Fortschritte erzielt haben, in den Bereichen individuelle Lernbegleitung, sonderpädagogische Angebote, Qualitätssicherung und -entwicklung sowie Beurteilungspraxis jedoch kaum Fortschritte machen oder sogar schlechter abschneiden als im letzten Beurteilungszyklus.

Warum ist das so? Die Corona-Pandemie allein kann es nicht sein. Ein Grund ist aus meiner Sicht die Bildungspolitik im Kanton Zürich. Der bürgerlich geprägte Kantonsrat hat es in den letzten zehn Jahren geschafft, dass die Zyklusdauer der Evaluationen der Fachstelle Schulbeurteilung von vier auf fünf Jahre erhöht wurde (ausgelöst durch die PI KR-Nr. 174/2010). Es wurden die Notwendigkeit der heilpädagogischen Fachpersonen in der Schule in Frage gestellt und Budgetkürzungen bei Ausbildungsplätzen bewirkt (KEF Erklärung 34/2020). Auch das Entwicklungsziel kompetenzorientierte Beurteilung wird in Frage gestellt. Die Notengebung soll zusätzlich im Gesetz verankert werden (PI KR-Nr. 69a/2021). Seit einigen Jahren dürfen Lektionen für die integrierte Förderung, die nicht durch heilpädagogische Fachpersonen besetzt werden können, für ein Jahr an den Regelunterricht abgegeben werden (§ 8 Abs. 4 VSM, vgl. RRB Nr. 84/2020). Und ganz neu ist es möglich, dass ein Jahr lang Lehrpersonen an den Schulen angestellt werden, die über kein adäquates Diplom verfügen (Medienmitteilung Kanton Zürich, 13.4.2022). All diese Massnahmen sind der Schulqualität nicht förderlich. Steigende Sonderschulungsquoten und steigende Zahlen in der separierten Sonderschulung, vermehrte Teilzeitarbeit der Lehrpersonen oder sogar Berufswechsel sind die Folgen.

«Wohin soll die Reise gehen?», fragen wir die Bildungsdirektion nun in einer Anfrage. Wir wollen wissen, welche Schritte der Regierungsrat zu unternehmen gedenkt, um die Qualität der Zürcher Schulen in allen Qualitätsbereichen mittel- und langfristig zu sichern. Die Antworten der Bildungsdirektion werden demnächst erwartet. ■



Die Gründe waren und sind immer noch vielfältig. Auch an den meisten Bildungseinrichtungen gilt, je weiblicher der Beruf, desto weniger ist er wert. Auf Primarstufe, auf der gemäss BfS zwischen 80-95 Prozent Frauen angestellt sind, sind die Löhne am niedrigsten. Auf den Stufen darüber dagegen nimmt mit dem Anteil von männlichen Lehrpersonen auch der Lohn zu.

Zudem sind auch in Bildungseinrichtungen Frauen in Führungspositionen deutlich untervertreten. Obwohl weibliche Lehrpersonen auf Primarstufe die Regel sind, beträgt ihr Anteil bei den Schulleitungen dort lediglich 64-65 Prozent. Auf Sekundarstufe II liegt der Anteil von Frauen in Schulleitungen sogar nur bei 25 Prozent.

Neben Festanstellungen gibt es auch an öffentlichen Bildungsinstitutionen Bereiche mit prekären Anstellungsbedingungen, in denen besonders oft Frauen arbeiten. An Musikschulen, im DaZ-Unterricht, an Schulen der Erwachsenenbildung und an Hochschulen und Universitäten wird Lehre oft auf Basis von Stundenverträgen, kleinen Pensen und befristeten Anstellungen geleistet. Nur knapp ein Drittel aller Lehrpersonen an obligatorischen Schulen arbeitet Vollzeit. Teilzeit wirkt sich jedoch genau wie Unterbrechungen der Erwerbsarbeit stark auf die Lohnentwicklung und die Altersvorsorge aus.

Ergebnisse 2019

Die Streikenden in Waadt forderten erfolgreich, dass am 14. Juni 2019 keine Prüfungen stattfinden dürfen. Eine VPOD-Website lieferte eine Übersicht mit allen Schulen, an denen sich Streikkomitees gebildet hatten. Der Streik an den Waadtländer Schulen war ein grosser Erfolg. Auch im Kanton Zürich hat sich das Kämpfen am 14. Juni 2019 gelohnt. Eine zentrale VPOD-Forderung war damals die generelle Aufwertung und höhere Lohnreihung in typischen Frauenberufen. Hier gab es kleine Fortschritte. Künftig sollen Kindergartenlehrpersonen im Kanton Zürich analog zu den Primarschullehrpersonen in die Lohnklasse 19 eingestuft werden. Im März hat die Bildungsdirektion bekannt gegeben, dass sie dem Kantonsrat diese Lohnerhöhung beantragt. Aus Sicht des VPOD ein Schritt in die richtige Richtung. ■

Text: Julia Maisenbacher, Gewerkschaftssekretärin VPOD Lehrberufe

Text: Monika Wicki, SP-Kantonsrätin und VPOD-Mitglied



Dank für grosses Engagement!

Ein Nachruf auf Sibylle Schuppli.

Mitte März ist Sibylle Schuppli nach langer Krankheit verstorben. Sie war seit den 90er-Jahren für die Interessen der Musiklehrberufe tätig und arbeitete lange Zeit als Geschäftsführerin des Musiklehrerinnenverbandes MuV.ch. Auch als dieser 2013 zu einer Gruppe im VPOD wurde, blieb sie aktiv dabei. Mit grosser Neugier und einem riesigen Engagement war sie bis zu ihrer Krankheit präsent und hat den Kurs der Gruppe mitbestimmt.

Sibylle hatte immer ein offenes Ohr für Probleme und war für Kolleg*innen direkt ansprechbar. Sie hatte immer auch ein Interesse für grosse systemische Fragen und die schweizweite Entwicklung unserer Branche. Viele haben von ihrem Know-how und ihrer Erfahrung profitiert und wir haben sie mit all ihren Ecken und Kanten sehr geschätzt.

2018 erhielt Sibylle eine Krebsdiagnose, die sie zwang kürzerzutreten. Die Krankheit zwang sie auch dazu, schrittweise aus dem Beruf auszusteigen. Bald darauf gab Sibylle Klarinetten Schüler*innen und Musikklassen ab und zog sich auch langsam aus der Gruppe MuV zurück. Wir sind sehr froh, dass wir sie nach einer covidbedingten Verspätung im Januar 2022 offiziell verabschieden und ihre Arbeit würdigen konnten. Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich an diesem Anlass bei ihr für ihr Engagement bedankt.

Peter Schmidheiny

Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität

Das Projekt «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität» ist nun in der Phase der politischen Konsultation angelangt. Da die Antwortfrist für den Einbezug unserer Lehrpersonen zu kurz ist, hat der VPOD bei der EDK und dem Staatssekretariat eine Verlängerung gefordert. Die Totalrevision der Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV) und des Maturitätsanerkennungsreglements (MAR) wird die Zukunft der Maturitätsschulen prägen. Die Lehrpersonen müssen daher diese Entwürfe sorgfältig prüfen und Stellung nehmen können. Die Zeit am Ende des Schuljahres und die ersten Wochen des neuen Schuljahres, in denen immer besonders viel los ist, sind für einen breiten demokratischen Prozess nicht förderlich. Der VPOD hat deshalb bei den zuständigen Behörden eine Verlängerung bis Oktober gefordert.

Fabio Höhener

Trotz Proteste des Personals: Stadtrat bringt ungenügende Tagesschulvorlage wieder ins Spiel

Der Stadtrat möchte im September über zwei Tagesschulvarianten abstimmen lassen. Für den VPOD ist das Festhalten an der ursprünglichen Variante trotz massiver Proteste des Personals aus den Stadtzürcher Schulen unverständlich. Im Rahmen des Betreuungsalarms hat das Personal klar zum Ausdruck gebracht, dass die ursprüngliche Verordnung deutlich korrigiert werden muss, da in diese kaum sozialpädagogische Überlegungen eingeflossen sind. Tatsächlich hat der Gemeinderat die Vorlage in einigen Punkten nachgebessert. Dass aber vom Stadtrat nun trotzdem an der schlechteren ursprünglichen Version festgehalten wird, ist ein Hohn für die Angestellten aus Betreuung, Bildung und technischem Dienst.

Weshalb in der Mitteilung vom Stadtrat behauptet wird, dass die Ursprungsversion «Kindern, Eltern sowie Schulpersonal gerecht wird» ist schleierhaft, haben doch fast 4000 Betreuungspersonen und Eltern mit einem offenen Brief Verbesserungen gefordert. Offenbar wurden parteipolitische Überlegungen höher gewichtet als die Expertise aus dem Schulumfeld und die Bedürfnisse von Kindern und Eltern. Der VPOD wird in den kommenden Wochen entscheiden, wie er sich zu den Abstimmungsvorlagen positionieren wird.

Fabio Höhener

Agenda

Informationen über Veranstaltungen und Versammlungen sind aufrufbar unter: www.zuerich.vpod.ch/kalender

Treffen MUV.vpod

Freitag, 10. Juni, 09:45 bis 11:45 Uhr
VPOD-Sekretariat, Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

GV Berufsfachschulgruppe

Montag, 19. September, 18:00 bis 20:00 Uhr
VPOD-Sekretariat, Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

Weiterbildung für Lehrpersonen: Entlastung des Arbeitsalltages erkämpfen

Mittwoch, 21. September, 19:00 Uhr
VPOD-Sekretariat, Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

Treffen Gruppe Volksschule

Mittwoch, 28. September, 17:30 Uhr
VPOD-Sekretariat, Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

Treffen Gruppe VPOD@ZHDK

Donnerstag, 27. Oktober, 12:30 bis 13:45 Uhr, ZHDK
Raum steht noch nicht fest.

IMPRESSUM VPOD ZÜRICH PFLICHTLEKTION: Organ des VPOD Zürich Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich, Tel: 044/295 30 00, Fax: 044/295 30 03, www.zuerich.vpod.ch, **Redaktion:** Fabio Höhener, Julia Maisenbacher

Layout und Druck: ROPRESS, 8048 Zürich, **Nr. 2 / 22, Juli 2022**, erscheint fünf Mal jährlich, 7. Jahrgang, Auflage: 2800